

Atombombe, friedliche Nutzung und aktuelle atomare Bedrohung

von Paul Koch

Robert Oppenheimer (1904-1967) gilt als „Vater der Atombombe“. Nach Hiroshima und Nagasaki verurteilte Oppenheimer ihren weiteren Einsatz. Leider blieb seine ablehnende Haltung gegenüber der Atombombe ohne Einsicht der Mächtigen. Weltweit wurden knapp 2100 Kernwaffentests durchgeführt. Durch die freigesetzte Radioaktivität kamen ca. 300.000 Menschen ums Leben. Nach Hiroshima und Nagasaki schwand zusehends die Akzeptanz der militärischen Nutzung der Kernenergie. Man stellte um, von militärischer auf zivile (ja gar friedliche) Nutzung der Kernenergie. Und schon stieg die Akzeptanz, verbunden mit der euphorischen Erwartung auf unendlichen und fast kostenlosen Strom. Diese Euphorie hielt an bis zur Tschernobyl-Katastrophe.

Jetzt steht ein zweites Tschernobyl „mit Ansage“ bevor. Dass russische Militär quartiert sich an mehreren Kernkraftwerk-Standorten in der Ukraine ein, mit der Strategie, dass sie sehr wohl von dort aus Raketen auf ukrainische Ziele schießen können, die Ukraine in diesem Falle aber nur eingeschränkt agieren kann, um keine Nuklear-Katastrophe herbeizuführen.

Wie also steht es mit der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“? Schon lange spricht man von den atomaren Zwillingen: Atomenergie und Atombombe. Die Atomkraftwerke produzieren eben nicht nur Strom, sondern liefern als Abfallprodukt auch das Material für Atomwaffen aller Art, einschließlich der Atombombe. Wenn man das weiß, weiß man auch, warum manche Länder (Politiker) so sehr auf Atomenergie setzen.

Von 56 französischen Reaktoren sind 2022 nur 24 in Betrieb, so dass Macron (geschichtsvergessen) die Arbeiter der Atomindustrie beruhigen wollte, indem er ihnen als Arbeitsplatzgarantie sagte: „Ohne zivile Atomenergie gibt es keine militärische Nutzung der Technologie – und ohne die militärische Nutzung gibt es auch keine zivile Atomenergie.“ (www.elysee.fr, 08.12.2020)

Mit dem Krieg gegen die Ukraine ist die Angst vor dem Einsatz der Atombombe so groß und real wie nie zuvor. Es wird auch sehr deutlich, dass die Atombombe notfalls eben nicht nur zur „Abschreckung“ gelagert/ vorgehalten

wird, sondern auch zur tatsächlichen Vernichtung des Gegners (und deren Unterstützer) eingesetzt werden könnte. Wir sollten dringend Möglichkeiten finden, dass die gesellschaftliche und politische Einsicht eintritt, dass wir auf diesem Globus alle in einem Boot sitzen. Wir hätten wahrhaft Besseres zu tun, als ganze Landstriche mit allen Lebewesen zu vernichten. Wären vielleicht 100 Milliarden Euro für Friedensforschung besser eingesetzt, als diese Summe für das Militär?

Der Weg zum Wohlstand oder ins (un-) demokratische Mittelalter?

Die private Industrie blieb anfänglich bei der Produktion der Atombomben sehr zurückhaltend. Unternehmen wie General Electric und Westinghouse hatten wegen der „ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Risiken“ auf voller staatlicher Haftung beharrt. Dies wurde dann auch für zivile Atomprojekte in Anspruch genommen. Die staatliche Haftung wurde auf ca. 500 Millionen Dollar begrenzt, was bei einem Störfall wie Tschernobyl und Fukushima bei Weitem nicht ausreicht. Belarus hat über mehrere Jahrzehnte 20 Prozent des Staatshaushaltes für die Minimierung der Folgen von Tschernobyl ausgegeben. Japan gibt derzeit rund 700 Millionen Euro pro Jahr für die Folgen von Fukushima aus. Der japanische Industrieminister Hiroshige Seko geht von zukünftigen Kosten von mehrere Milliarden Euro pro Jahr aus.

Versprochen wurde mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie billiger Strom und Wohlstand. Robert Jungk beschreibt in seinem Buch „Der Atomstaat“ die negativen Auswirkungen der Atomindustrie auf Gesellschaft und Demokratie. Wenn man schaut, wie die Politiker mit allen Mitteln die Kernenergie (und die Zwischen- und Endlagerung) durchsetzen, bei allen bekannten negativen Folgen, dann kann einem angst und bange um die Demokratie werden. Natürlich wird alles demokratisch legitimiert. So gibt es einen Vertrag aus dem Jahr 1959 zwischen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Atomenergie Organisation (IEAO), wonach die WHO nichts über Strahlenrisiko veröffentlichen darf, was nicht zuvor die IEAO genehmigt hat. Das ist demokratisch legitimierte Verschleierung, die sich niederschlägt in nicht akzeptierten Studien, die auf diese Gefahren hinweisen. Selbst die Schweizer naturwissenschaftliche Zeichnerin Cornelia Hesse-Honegger hat eine Veränderung bei Insekten (Mutationen etc.) nahe von Atomanlagen nachgewiesen.

Der deutsche Atomausstieg nach Fukushima wird von anderen Ländern belä-

chelt oder bestaunt und ist durch den Krieg gegen die Ukraine erneut ins Wanken gekommen. Im Jahr 2022 finden wir uns in einer grotesken Situation: Die Bundesrepublik Deutschland steht vor dem „Aus“ der letzten 3 Atomkraftwerke (oder auch nicht). Der Atomausstieg ist zwar beschlossen, aber wir beliefern fleißig andere Länder mit Brennelementen. Der europäische „Green-Deal“ wird durch eine zweifelhafte Taxonomie-Entscheidung zum „Greenwashing“. Der Atomwaffensperrvertrag von 1986 verbietet die weitere Verbreitung von Kernwaffen und verpflichtet zur Abrüstung von Kernwaffen, er enthält das Recht auf die „friedliche Nutzung“ der Kernenergie. Dies wird von den Atommächten unterstützt, während der Atomwaffenverbotsvertrag (2021), der Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung, Einsatz von Kernwaffen und auch die Drohung damit verbietet, von den Atommächten (und auch von Deutschland) nicht unterzeichnet wurde.

Ging es bislang um den kritischen Blick auf die Produktion von Strom (und im verdeckten Zwillingbereich um die Atombombe) wird häufig bei dieser Diskussion ein ganz anderer Aspekt nur beiläufig erwähnt: Die Nuklearmedizin. Die Nuklearmedizin ist eben auch von den Abfallprodukten der Kernenergie abhängig. Es geht also nicht nur um Zwillinge, sondern um Drillinge. Aber was heißt das für uns, die wir immer die Risiken der Atomenergie vor Augen haben? Mir wird klar (und auch das ist nichts grundsätzlich Neues): Fluch und Segen liegen häufig nah beieinander.

Die ungelöste Endlagerfrage und eine zweifelhafte Zwischenlagerung

Vergessen werden scheinbar bei der aktuellen Debatte um Streckbetrieb oder Laufzeitverlängerung nicht nur Tschernobyl und Fukushima, sondern vor allem die ungelöste Frage der Entsorgung/ Endlagerung des Atommülls.

Ein Paradebeispiel, wie man nicht mit dem Atommüll umgehen sollte, ist im niedersächsischen Remlingen zu finden. Der bewaldete Höhenzug Asse im Landkreis Wolfenbüttel hat eine Länge von ca. 9 km, eine Breite von ca. 3 km. Auf dem relativ kleinen Berg befanden sich 3 Salzbergwerke: Asse I - III. Die Bergwerke Asse I und Asse III sind wegen starken Wasserzuflusses aufgegeben worden. Wie man auf die Idee kommt, in einem relativ kleinen Gebiet, in dem zwei abgesoffene Bergwerke liegen, beim unmittelbaren Nachbarn (Asse II) zu behaupten, hier ist alles sicher, ist schon verwunderlich. Inzwischen wird hoch offiziell bestätigt, dass in die Asse niemals hätte Atom-

müll eingelagert werden dürfen. Und jetzt soll der Atommüll aus dem Bergwerk auf das Bergwerk (zur Zwischenlagerung, bis ein Endlager zur Verfügung steht) gebracht werden. Mit einer Basta-Entscheidung, die eine alternative Standortsuche verhindern will, gibt sich aber die Region rund um die Asse nicht zufrieden.

Hier hat die Kirche eine schlichtende, informierende, unterstützende, seelsorgerliche Aufgabe, die sie mit Andachten, Gottesdienste und Mitwirkung bei den Bürgerinitiativen, wahrnimmt.

Der Autor Paul Koch ist Sozialdiakon i. R. der Ev.-luth. Landeskirche Braunschweig und engagiert sich seit Jahren im Themenfeld, u. A. mit einem Strahlenschutz-Stammtisch und im Klima- und Umwelt-Netzwerk Wolfenbüttel.

Weitere Informationen erfragen Sie bitte beim Autor:

Paul Koch

Tel.: 05332 8859810

paul.koch47@gmx.de